Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste. [illegible]
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

37. Jahrgang. Aufl. 54,000 Stück.

Dresden, 1892.

G. H. Rehfeld & Sohn
Neust. Hauptstr. 24/26 Altst. König Johannstr. 15.
Fabrik v. Contobüchern
Schutz-Marke

Photographische Apparate für Amateure.
Preislisten gratis und franco.
Carl Plaul,
Dresden, Wallstrasse 25.
[illegible]

Eing. Schutzm. Carl Tiedemann, Hoflief. Etablirt 1833.
Bester Fussbodenanstrich ist
Tiedemann's Bernsteinöllack
mit Farbe, über Nacht trocknend, nicht klebend.
Altstadt: Marienstr. 10, Amalienstr. 19,
Zwickauerstr. 40. Neust.: Heinrichstr. (Stadt Görlitz).

Ferd. Gerlach Nachfolger
Weinhandlung mit Probierstuben
Moritzstrasse 4. Fernsprechst. 321.
Gewähr für reine Naturweine.
Preislisten versende frei.

„Invalidendank"
Dresden, Seestrasse 6, I.
Fernsprechstelle 1117.
I. Annoncen-Expedition für alle Zeitungen.
II. Billet-Verkauf für die Dresdner Theater.
III. Effecten-Controle unter Garantie.
IV. Collection der Sächs. Landeslotterie.

John & Eichler, Werkzeug- und Maschinen-Fabrik, Waisenhausstr. 18,
empfehlen sich zur Anfertigung von Werkzeugmaschinen, Schnitten und Stanzen.

Nr. 227. Spiegel: Sturz Salisbury's, Französisch-Belgischer Conflict. Heimnachrichten, Graf Holtzendorff, Wasserleitungswesen, Sonderzüge, Gerichtsverhandlungen, Tagesgeschichte, Börsenwochenbericht. **Sonntag, 14. August.**

Politisches.

Mit einer Majorität von 40 Stimmen ist das Kabinet Salisbury gestürzt worden. Vielleicht war noch niemals eine Sitzung in den Hallen von Westminster so zahlreich von Volksvertretern besucht wie diejenige, in welcher die Entscheidungsschlacht zwischen Gladstone und seinem Gegner geschlagen wurde. Von den 670 Unterhausmitgliedern fehlten nur 5, die Gladstone'sche Mehrheit war bis auf einen antiparnellitischen Abgeordneten, der in Australien weilt, vollzählig erschienen. Im deutschen Reichstage, der in jeder Session eine Zeit lang an Beschlußunfähigkeit leidet, ist eine solche Betheiligung noch niemals erzielt worden. Freilich ist das politische Interesse in England naturgemäß ein ungleich regeres als in Deutschland, da dort ein streng parlamentarisches Regierungssystem besteht, während bei uns die Volksvertretung, welche verfassungsgemäß nur einen Faktor für die Gestaltung der Politik bildet, von Jahr zu Jahr an Macht und Ansehen verloren hat. Ein erbauliches Bild bietet freilich der englische Parlamentarismus gerade gegenwärtig auch nicht. Eine bunt zusammengewürfelte, aus völlig ungleichartigen Elementen bestehende Mehrheit bringt eine in sich fest geschlossene, einheitliche Minderheit zu Falle, die weit mehr Anspruch besitzt, das Staatsruder in der Hand zu behalten, als jene, die den Keim des Zerfalles offen zur Schau trägt. Gestürzt ist das konservative Ministerium ferner nicht worden wegen verfehlter Maßnahmen in der inneren oder der auswärtigen Politik. Denn in der Debatte über das Mißtrauensvotum wurde weder von Gladstone noch von dessen Anhängern ein einziger entscheidender Gesichtspunkt gegen die Politik Salisbury's in's Feld geführt. Der Sturz erfolgte vielmehr lediglich deshalb, weil verschiedene Parteigruppirungen, die im Uebrigen ganz verschiedene Bestrebungen verfolgen, das eine Interesse gemeinsam hatten, daß Salisbury beseitigt werde und Gladstone wieder an's Ruder gelange. Das scheidende Ministerium geht mit der Zuversicht, daß der Niederlage sehr bald wieder der Sieg folgen wird; die Opposition tritt dagegen die Regierung an mit der Befürchtung, daß das Band, welches sie zusammenhält, bei der ersten Probe auf seine Haltbarkeit zerreißen wird. Die Hauptschwäche des neuen Kabinets besteht darin, daß der eigentliche Sieger nicht Gladstone, sondern die Iren sind. Sie hatten daher auch allen Grund, das Resultat der Abstimmung mit stürmischem Siegesjubel zu begrüßen. Homerule war die Losung des ganzen Wahlkampfes, Homerule war auch das einzige Feldzeichen, das von Gladstone bei der entscheidenden Schlacht vorangetragen wurde. Jetzt ist Homerule das Damoklesschwert über dem Haupte des neuen Kabinets. Denn Gladstone ist der Sklave der Iren. In jedem Augenblicke können sie das Schwert herabfallen lassen und den dünnen Lebensfaden seines Regiments durchschneiden. Verweigern eines Tages die Iren Gladstone die Heeresfolge, dann wird eine ungleich größere Parlamentsmajorität, als sie jetzt vorhanden war, die Erklärung abgeben, daß die liberale Regierung nicht mehr das Vertrauen des Landes besitzt. Eine solche Resolution ist sofort zu Stande gebracht, sobald sich die Konservativen die Hilfe der Iren durch Versprechungen vergewissern, die weiter gehen als diejenigen Gladstone's. Vom deutschen Standpunkte aus können wir dem neuen Kabinet nur von Herzen eine recht kurze Lebensdauer wünschen. Zwar ist Gladstone nicht wegen seiner Geschicklichkeit in der auswärtigen Politik, die dem stolzen England wiederholt Demüthigungen und Niederlagen bereitet hat, zur Regierung gelangt, und es wird sogar versichert, daß die auswärtige Politik, welche unter dem Ministerium Gladstone getrieben werden wird, keine Gladstone'sche Politik sein solle. Zum Staatssekretär für die auswärtigen Angelegenheiten soll Lord Rosebery, der Schwiegersohn Rothschild's, ernannt werden, und dieser soll es sich zur Bedingung seines Eintrittes in das Kabinet gemacht haben, daß er in auswärtigen Angelegenheiten freie Hand behalte. In England ist es jedoch stets ein unumstößlicher Grundsatz gewesen, daß die Richtung der Politik in allen Stücken von dem Ministerpräsidenten bestimmt wird. Schwerlich dürfte Gladstone eine Ausnahme zulassen. Bezeichnend für seine auswärtige Politik aber ist die Hinneigung zu Frankreich. Daher begrüßen die französischen Blätter den Regierungswechsel jenseits des Kanals mit Freude und Genugthuung.

Zwischen Frankreich und Belgien ist seit 8 Tagen ein erbitterter Krieg ausgebrochen, zwar nur ein Zeitungskrieg, aber von einer Heftigkeit, daß man glauben könnte, es handele sich dabei um die Erhaltung der nationalen Selbstständigkeit beider Staaten. Und doch ist der casus belli eine recht geringfügige Angelegenheit. Ein französischer Offizier auf Urlaub ist im Kongogebiete auf eine noch nicht aufgeklärte Weise erschossen worden. Es fragt sich nun, ob die Gegend, wo dieser im dunklen Welttheil gewiß nicht seltene Fall stattgefunden hat, in das Interessengebiet Frankreichs fällt oder zu dem Kongostaate gehört. Die Franzosen behaupten das Erstere, die Belgier, die für den Kongostaat eintreten, das Letztere, und es soll daher festgestellt werden, wessen Ansprüche berechtigt sind. Die Belgier haben zunächst den Vorfall ruhig und nüchtern aufgefaßt, und die Kongoregierung hat erklärt, die Angelegenheit einem Schiedsgerichte zu unterbreiten. In Frankreich zeigt man dagegen keine Neigung, hierauf einzugehen. Dies hat Veranlassung zu der scharfen Preßfehde gegeben. Mit einer Fluth von Schimpfereien und Drohungen sind die französischen Blätter über Belgien und dessen König hergefallen. Sie sprechen von diplomatischer Satisfaction und von einem Ultimatum. Sie machen Belgien für den Kongostaat, mit dem es durch Personalunion verbunden ist, verantwortlich und greifen König Leopold II. als den Vasallen Deutschlands an. Ein Pariser Blatt hat ganz offen ausgesprochen, man werde sich an der Seine das Benehmen der Belgier merken und bei dem nächsten Kriege mit Belgien abrechnen. Von Neutralität sei unter solchen Umständen keine Rede mehr, das möge man sich in Belgien gesagt sein lassen, und darauf bereite man sich in Frankreich längst vor. Die Sprache, die Pariser Blätter gegen König Leopold anschlagen, ist derart, daß der belgische Gesandte in Paris darüber bereits Vorstellungen bei der französischen Regierung gemacht hat unter dem Hinweis auf die Bestimmung des französischen Strafrechts, welche die Verfolgung von Zeitungen gestattet, die auswärtige Staatsoberhäupter beleidigen. Die belgischen Zeitungen lassen die französischen Liebenswürdigkeiten nicht unerwidert. Ein großes Blatt in Brüssel antwortet mit folgendem zarten Hiebe: „Franzosen! Vor Rußland windet Ihr Euch im Staube, vor Deutschland zittert Ihr, gegen Belgien seid Ihr unverschämt! Das sieht Euch ähnlich! Wir Belgier haben dafür nur Verachtung, der Tag aber wird schon kommen, an dem wir Euch im Bunde mit Deutschland endlich einmal ‚Lebensart' lehren werden!" Zugleich wird mit Recht betont, daß der Streit des Kongostaates Belgien nicht das Mindeste angehe, sondern eine rein persönliche Angelegenheit des Königs und des der Aufsicht Belgiens nicht unterstehenden Kongostaates ist. Der Konflikt hat sich durch die beiderseitige gehässige Preßpolemik in einer Weise zugespitzt, die keineswegs im Verhältniß zu dem eigentlichen Streitfalle selbst steht, der bei gegenseitigem Entgegenkommen und gutem Willen leicht beigelegt werden könnte. Die Berliner General-Akte und die Brüsseler Kongo-Akte schreiben für alle Grenzstreitigkeiten, die den Kongostaat betreffen, die Einsetzung eines Schiedsgerichtes vor. Da Frankreich in der letzten Note, welche es der Regierung des Kongostaates hat zugehen lassen, den Vorschlag eines Schiedsgerichts unberücksichtigt gelassen hat, so wird der Brüsseler Kongo-Regierung, wenn sie nicht nachgeben will, nichts Anderes übrig bleiben, als sich an die Signatarmächte der genannten Akte zu wenden und damit Frankreich vor das europäische Tribunal zu fordern. Frankreich hat von vornherein die Gründung des Kongostaates mit scheelen Augen angesehen und jede Gelegenheit benutzt, um der Regierung desselben Konzessionen abzupressen. Sein ganzes Streben geht offenbar dahin, dem Kongostaate durch Bereitung von Schwierigkeiten die innere Festigung zu erschweren und dadurch die Adoptirung desselben durch Belgien zu verhindern. Weigert sich aber Belgien, den Kongostaat zu übernehmen, so wird Frankreich, dem vertragsmäßig dann das Vorkaufsrecht zusteht, der Erbe. —Lo.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 13. August.

Berlin. Der Kaiser hat dahin entschieden, daß dem Plane einer Weltausstellung in Berlin von Reichswegen nicht näher zu treten sei. Die Entscheidung ist auf Grund des nachstehenden Berichtes des Reichskanzlers Grafen Caprivi erfolgt: „Wie Ew. Majestät aus meinem alleruntertänigsten Vortrage bekannt ist, sind die Bundesregierungen um eine Aeußerung darüber ersucht worden, welchen Standpunkt sie dem Projekte einer Berliner Weltausstellung gegenüber einnehmen und welche Ansichten in der Industrie über die Zweckmäßigkeit einer derartigen Ausstellung bestehen. Die nunmehr eingegangenen Antworten lassen erkennen, daß die inländische Industrie nur zu ihrem geringeren Theile eine solche Ausstellung für wünschenswerth erachtet. Die überwiegende Mehrheit der deutschen Industriellen, vor Allem auch aus dem Bereiche der Großindustrie, steht dem Unternehmen, wo nicht entschieden ablehnend, so doch durchaus kühl gegenüber und glaubt, nicht einen nennenswerthen Erfolg für die Erweiterung unserer Handelsbeziehungen davon sich versprechen zu können. Wirthschaftliche Gründe, welche auf die Veranstaltung der Ausstellung hindrängen, liegen nach ihrer Ansicht nicht vor, allerdings hat sich auch in diesen Kreisen eine große Zahl von Industriellen mit anerkennenswerther Hingebung bereit erklärt, zu dem Gelingen der Ausstellung nach Kräften beizutragen, falls es aus anderen als rein wirthschaftlichen Gründen zu derselben kommen sollte. Aber überall und auch dort, wo das Unternehmen warme Befürwortung gefunden hat, ist der Voraussetzung Ausdruck gegeben, daß der Industrie nicht zu hohe Opfer würden angesonnen werden und daß daher nicht nur die gesammten allgemeinen Kosten des Unternehmens aus öffentlichen Mitteln bestritten, sondern auch denjenigen Industriellen, welchen die selbstständige Aufbringung der aus ihrer Betheiligung erwachsenen Kosten schwer fallen würde, Beihilfen von Seiten des Reiches oder der einzelnen Staaten gewährt werden müßten. Die Bundesregierungen haben, davon ausgehend, daß die Frage frei von allen politischen Erwägungen nach rein wirthschaftlichem Gesichtspunkte beantwortet werden könnte, in ganz überwiegender Zahl das wirthschaftliche Bedürfniß zu einer Ausstellung verneint; insbesondere hat auch Preußen, dessen Urtheil schon deshalb, weil in seiner Hauptstadt die Ausstellung stattfinden mußte, besonderes Gewicht beansprucht, sich gegen dieselbe auszusprechen. Im Großen und Ganzen schließt die Beurtheilung der Bundesregierungen derjenigen der industriellen Kreise sich an. Wenn man das Ergebniß nach der Zahl der Stimmen zusammenfaßt, welche den Regierungen verfassungsmäßig im Bundesrathe zustehen, so sind 40 Stimmen gegen und 7 Stimmen für die Ausstellung abgegeben, während 11 Stimmen unentschieden lauten. Eine erfolgreiche Durchführung des Unternehmens hat die allgemeine und einmüthige Ueberzeugung von dem Nutzen desselben für die deutsche Industrie und das opferwillige Zusammenwirken aller betheiligten Kreise zur unbedingten Voraussetzung. Da Beides fehlt, so muß ich von einem Eintreten des Reiches abrathen. Ew. Majestät bitte ich ehrfurchtsvoll, zu einer entsprechenden Kundgebung mich allergnädigst ermächtigen zu wollen." — Die offiziöse „Nordd. Allg. Ztg." schreibt hinsichtlich des Projektes der Berliner Weltausstellung: So oft der Wunsch, eine Weltausstellung in Berlin zu veranstalten, vor 1890 aufgetreten war, war er regierungsseitig sofort zurückgewiesen worden. Es hätte in mancher Hinsicht auch jetzt der Regierung räthlich erscheinen können, sich, diesen Vorgängen folgend, der erneuten Anregung von Haus aus entgegenzustellen; dagegen aber sprach, daß diesmal die Bewegung in den deutschen Handelstagen einen Träger gefunden hatte, dessen Bedeutung nicht gestattete, ihn einfach zu ignoriren. Auch würde man sich schwerlich bei einem kurzweg ablehnenden Bescheide des Reichskanzlers beruhigt haben, man hätte in der Presse und im Reichstage nunmehr die Mittel gefunden, die Bewegung weiterzuführen, man würde die Befugniß des Reichskanzlers, sich einem weitverbreiteten, durch eine kompetente Körperschaft ausgesprochenen Wunsch entgegenzustellen, bestritten und als einen Akt der Willkür angesehen haben. Ueberdies ließ sich nicht verkennen, daß die Idee einer ernsten gründlichen Prüfung durchaus werth war. Dann werden die Gründe auseinandergesetzt, welche die Abhaltung einer Weltausstellung nicht räthlich erscheinen ließen. Zum Schluß heißt es, durchführbar wäre diese Idee auch nur dann gewesen, wenn sie von allen zur Betheiligung berufenen industriellen Kreisen mit einhellig warmherziger Entschlossenheit ergriffen und festgehalten worden wäre. Daß diese Voraussetzung nicht zutrifft, kann beklagt, aber nicht bestritten werden. Wie die Dinge liegen, sehen wir auch keine Ursache, den Mangel jener Voraussetzung zu beklagen. — Ein hiesiges Nachrichten-Bureau berichtet: Gegenüber den vielfachen Widerständen, die der Plan einer Weltausstellung in Berlin gefunden hat, ist neuerdings in industriellen Kreisen der Gedanke aufgetaucht, eine Weltausstellung in Hamburg in Anregung zu bringen. Diese Nachricht hat keine andere Bedeutung als die eines Kuriosums.

Berlin. Die unter dem Protektorate der Kaiserin Friedrich stattfindende 1892er Ausstellung von Wohnungs-Einrichtungen und damit verwandter Gewerbe ist heute Vormittag in Gegenwart des Ministerpräsidenten Grafen Eulenburg im hiesigen Landesausstellungspalaste feierlich eröffnet worden. Aus den hervorragendsten Gegenständen der Ausstellung soll eine Kollektiv-Gruppe für die nächstjährige Chicagoer Ausstellung zusammengestellt werden. — Die „Post" theilt mit, daß die neue Militärvorlage nach Waffengattungen getrennt aufgestellt worden ist. Es handelt sich also nicht um Entwürfe zur Auswahl, sondern nur darum, welche Waffengattungen zunächst an die Reihe kommen sollen. Die zweijährige Dienstzeit sei die Grundlage der ganzen Reform. — Der mit der Wahrnehmung der Geschäfte als Kommandeur der Feldartillerieschießschule beauftragte Oberstleutnant Schmidt erhielt das Offizierskreuz des Königl. Sächs. Albrechtsordens. — Das preußische Staatsministerium hat heute den vom Finanzminister Dr. Miquel vorgelegten Vorschlägen, betreffend die Kommunalsteuerreform, zugestimmt. — Ministerpräsident Graf Eulenburg hat die Geschäfte des Ministeriums des Innern mit einer längeren Ansprache an die Räthe und Beamten des Ministeriums übernommen. — Justizminister v. Schelling hat die Klage gegen Ahlwardt wegen Beleidigung in der Broschüre: „Kampf der arischen Völker" zurückgezogen. — Der preußische Minister für öffentliche Arbeiten hat durch den Vorstand der bei der preußischen Staatseisenbahn-Verwaltung bestehenden Arbeiterpensionskassen die Frage erörtern lassen, ob nicht ein mäßiger Theil der bereits jetzt mehr als 22 Mill. betragenden und noch täglich wachsenden Bestände der Kassen an solche Baugenossenschaften, die ausschließlich oder überwiegend aus Bediensteten der Staatseisenbahnverwaltung bestehen, sich mit der Herstellung billiger und gesunder Wohnungen für ihre Mitglieder befassen, gegen mäßigen Zinsfuß verliehen werden kann. Die Antwort ist bejahend ausgefallen, wonach der Minister die Königl. Eisenbahndirektion angewiesen hat, geeignetenfalls die Bildung von Baugenossenschaften nach nachahmungswerthen Mustern anzuregen und zu fördern.

Berlin. Die „Deutsche Warte" bringt ein Gutachten von Hans Delbrück und Hofrath Graff-Dresden. Nach Ersterem verbürge schon die deutsche Musik-Weltausstellung einen Erfolg; Letzterer befürwortet als 25jähriges Reichsjubiläum eine nationale Ausstellung zu Berlin im Jahr 1896.

Leipzig. Die Bilanz der Allgemeinen Deutschen Kreditanstalt für die erste Hälfte dieses Jahres weist nach reichlichen Abschreibungen einen Reingewinn von 1,820,122 Mk. auf.

Leipzig. Von dem Tischlergesellen Carl Friedrich Schröck aus Schönwerda sind heute Abends die Wittwe Henriette Haupt und deren erwachsene Tochter, wohnhaft in Reudnitz, Heinrichstraße 1, tödtlich verletzt worden. Der Tischler versuchte Geld zu erpressen und, da ihm dies nicht gelang, schlug er die Beiden mit einem französischen Seitengewehr nieder. Der Thäter, welcher flüchtete, wurde später verhaftet.

Posen. Generalfeldmarschall Prinz Georg von Sachsen hat beim kommandirenden General v. Seeckt Wohnung genommen. Die Rückreise des Prinzen nach Dresden erfolgt Mittwoch Nachmittag.

Hannover. Dem „Courier" wird aus Nienburg gemeldet, daß der zur Besichtigung der 19. Kavalleriebrigade anwesende Erbgroßherzog von Oldenburg auf dem Manöverfelde gestürzt ist und eine leichte Quetschung am Rücken erlitten hat.

Basel. Die interparlamentarische Friedenskonferenz wird am 29. August vom Bundesrath Droz in Bern im Nationalrathssaal eröffnet. Bis jetzt sind 210 Mitglieder europäischer Parlamente angemeldet, u. A. 15 aus Deutschland, 34 aus Oesterreich, 47 aus Frankreich, 18 aus Italien und 73 aus Rumänien. Der Bundesrath ladet die Konferenz zu einem Ausflug und Bankett für den 1. September nach Interlaken ein.

London. Nach einem Bericht der „Times" aus Fez empfingen die maurischen Minister, welche den Abschluß des Vertrags mit England verhinderten, von französischen Agenten je 10,000 Doll.

Glasgow. Eine Versammlung des hiesigen Gewerbevereins nahm eine energische Resolution gegen Carnegie an und beauftragte den Vertreter der Arbeiterpartei im Unterhause, Hardie, die 100 Lstr., die Letzterer als Beitrag zu den Wahlunkosten von Carnegie erhalten hatte, demselben zurückzuerstatten.

Belfast. Während der Manöver fuhren die Kriegsschiffe „Najade" und „Apollo" auf Grundriffe auf. An der „Najade" brach die Schraube, wodurch der Kiel aufgerissen wurde, sie steht 20 Fuß tief voll Wasser. Der „Apollo" ist weit aufgerissen, seine Maschine ist unbrauchbar geworden. Es ist gelungen, die Schiffe in den Hafen zurückzubringen.

Die **Berliner Börse** verlief fest. Belebt waren besonders Bergwerke auf Besserung des englischen Eisenmarktes. Banken höher. Von Bahnen erfreuten sich italienische besserer Beachtung, auch Schweizer Bahnen fester. Von fremden Renten Russen durch preußische Ordensverleihungen an Mitglieder der hiesigen russischen Botschaft günstig beeinflußt. Italiener auf festes Paris höher. Mexikaner dagegen weichend; nur auf einzelnen Gebieten war lebhaftes Geschäft. Im Kassaverkehr deutsche Anleihen etwas befestigt. Von Industrieen namentlich Brauwerke höher. Sächsische Webstuhl gewannen 4 Prozent. Privatdiskont 1⅞ Prozent. Nachbörse fest. — Wetter: Schön, heiß. Südsüdwestwind.

Frankfurt a. M. (Schluß.) Credit 268¾, Diskonto 183,30, Dresdn. Bk. 137,90, Staatsb. 258¼, Lombarden [illegible], Laura 117,30, Ung. Goldr. —,—, Portugiesen —,—, Siemens —,—. Ruhig.

Paris. Schluß. Rente 99,12, Italiener 91,12, Spanier [illegible], Portugiesen 23,56, Türken 20,80, Türkenloose 82,25, Ottomanbank 566,00, Staatsbahn —,—, Lombarden 227,50. Ruhig.

Amsterdam. Produkten-Schluß. Weizen per Novbr. 187, per März 193. Roggen per October 145, per März 147.

Oertliches und Sächsisches.

— Der Regierungsrath bei der Kreishauptmannschaft Zwickau, Dr. Hausmann, ist als Oberkonsistorialrath in das evangelisch-lutherische Landeskonsistorium berufen worden.

— Mit Genehmigung Sr. Majestät des Königs ist der bisherige Oberlehrer an der städtischen Gewerbschule in Leipzig Dr. phil. August Koeppi zum außerordentlichen Professor für landwirthschaftliches Zeichnen- und Meliorationswesen am landwirthschaftlichen Institut der Universität Leipzig ernannt worden.

— Ein ehrwürdiger Veteran der sächsischen Armee, Oberst a. D. Graf v. Holtzendorff, feiert am 14. August d. J. den achtzigjährigen Gedenktag seiner Beförderung zum Offizier. Ueber den Lebensgang desselben berichtet das „Dr. Journ.": Ernst Moritz Graf v. Holtzendorff wurde am 3. Juni 1791 in Schloß Bärenstein bei Altenberg in Sachsen geboren. Seine Eltern, Graf Christian Gottlob v. Holtzendorff und Gräfin Ernestine geb. Freiin v. Seckendorff aus dem Hause Langhennersdorf, starben früh, der Vater 1806, die Mutter 1807, acht unmündige Kinder, deren drittes Graf Moritz war, hinterlassend. Graf Moritz wurde anfangs auf der Domschule

„Hotel Fürst Bismarck"
An der Frauenkirche 22 und Neumarkt 5

SLUB
Wir führen Wissen.